Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 26

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Front Moskau–Peking zur Diskussion

Laut «Sunday Times» hätte Chruschtschew mehreren kommunistischen Parteien ein Dokument gegen Mao Tse-tung zukommen lassen, in welchem die chinesische KP beschuldigt werde, ihren Einfluss in aller Welt auf Kosten des Moskauer Einflusses zu vergrössern zu suchen. Peking werde insbesondere beschuldigt, das in der Novembererklärung der kommunistischen Parteien enthaltene «Abkommen» (über die anerkannte sowjetische Führung im sozialistischen Lager) immer wieder zu brechen.

Wie der «Sunday-Times»-Experte für kommunistische Angelegenheiten, Isaac Deutscher, weiter berichtet, weise Chruschtschew ausdrücklich auf das chinesische Konsulat in Bern als einem Zentrum der maoistischen Agitation in Westeuropa hin.

Weiter soll dem chinesischen Parteichef in diesem Dokument die Kriegshetzerei vorgeworfen werden, die er besonders gegen die Vereinigten Staaten betreibe. Für den Fall, dass China die in der Moskauer November-Erklärung beglaubigte Koexistenzpolitik weiterhin verachte, stelle Chruschtschew in seinem Schreiben sogar einen offenen Bruch zwischen Moskau und Peking in Aussicht.

Nun entspricht zwar dieses — wirkliche, sinngemäss richtige oder apokryphe Schreiben ziemlich dem, was man sich im Westen als heimliche Haltung des Kremls im ideologischen Konflikt mit China vorstellt, hätte aber auf jeden Fall reale Ursachen.

Die letzte Verschärfung der Spannungen zwischen dem von Peking geleiteten «dogmatischen» Block und den «revisionistischeren» kommunistischen Staaten mit Jugoslawien als deutlichsten Vertreter hatte sich nach dem albanischen «Spionageprozess» in Tirana ergeben. Hier hatten Bulgarien und — weniger deutlich — die Tschechoslowakei wenn nicht für Albanien, so doch gegen Jugoslawien Stellung bezogen. Moskau nahm auf diesen Konflikt nicht direkt Bezug, griff aber in letzter Zeit Titos Politik ebenfalls scharf an, so dass es zurzeit in einem Zweifrontenkrieg gegen Revisionismus und Dogmatismus zu stehen schiene.

In der Berlinfrage — für die Sowjets so etwas wie ein Pendant zum Formosaproblem Pekings — hat Chruschtschew und seine ganze Führerschaft ausgesprochen kriegerische und ultimative Töne angeschlagen, und die ganze internationale Atmosphäre ist seit Spätfrühling immer deutlicher von der Koexistenzstimmung abgewichen.

Am Rande ...

Der Erste Sekretär der israelischen Botschaft in Moskau ist wegen «Spionage» ausgewiesen worden. Er habe auch illegal «antisowjetische und zionistische Literatur verbreitet. Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis die Israelis, denen der Kreml Verbindungen zum revanchistischen Bonn vorwirft, selbst des Faschismus beschuldigt werden.

*

In der Woche vom 24. bis 30. Juni ersuchten 4169 Flüchtlinge aus der SBZ im Westen um politisches Asyl. Gesamtzahl der Geflohenen im Juni: 19 198.

*

ag. (DPA) In Frankfurt ist eine Schweizerisch-deutsche Gesellschaft für Ostforschung gegründet worden. Ihre Aufgabe besteht in der sachlichen Aufklärung über die totalitäre Gefahr und der Vertiefung des christlichen und abendländischen Gedankengutes. Zum Präsidenten wurde Dr. Peter Sager, Leiter des Schweizerischen Ostinstituts in Bern, zum Vizepräsidenten Bundestagsabgeordneter Karl Heinz Vogt gewählt. Die neue Gesellschaft wird die Wochenzeitung des Berner Ostinstituts, «Der klare Blick», unter dem Titel «Schweizer Kommentar» in der Bundesrepublik herausgeben.

*

Der Menschen-Traktorenhandel in Kuba ist endgültig gescheitert, nachdem Castro die Auslösung der Gefangenen als «Schadenersatz für die Invasion» verstanden und zugegeben haben wollte.

*

Die amerikanisch-sowjetischen «Abrüstungsgespräche» sind in Washington unterbrochen worden. Die Wiederaufnahme ist für den 17. Juli in Moskau vorgesehen.

Redaktionsschluss: 3. Juli

Frankreichs Nöte

Die Bauernunruhen in Frankreich sind nicht zur Ruhe gekommen, obwohl die Regierung erhöhte Landwirtschaftssubventionen beschlossen hat und zur Sicherung seines Agrarabsatzes Schritte bei den EWG-Partnern unternimmt. Die Traktorenbarrikaden sind jetzt durch Baumsperren ergänzt worden, und in der Gegend von Dijon wurde aus Protest gegen die Zufuhr von Milchimporten aus dem Ausland der internationale Eisenbahnverkehr blockiert, während sich im Süden des Landes die Winzer den Unruhen angeschlossen haben.

Auch in der Algerienfrage waren wenig Fortschritte zu verzeichnen, wenn auch «Fühlungsnahmen erfolgten». De Gaulle drohte dem FLN mit der Räumung des gesamten algerischen Küstenstreifens von den Europäern, falls sich die Provisorische Regierung in bezug auf das Mitspracherecht der europäischen Bevölkerung nicht willfähiger zeige, so dass das widerspenstige Algerien ohne wirtschaftliche Hilfsmittel seinem Schicksal überlassen wäre. Ob sich der GPRA von der Drohung beeindruckt zeigt, oder sie als rhetorisch empfindet...? Jedenfalls liess die Attentattätigkeit in Algerien nicht nach.

COMECON-Planung

Während in Moskau ein Treffen des COMECON-Aussenhandelsausschusses stattfindet, gelten in Prag tschechisch-sowjetische Besprechungen der Koordination der Wirtschafts-Perspektivpläne zwischen den beiden Staaten bis 1980.

Die aufeinander abgestimmten Pläne des kommunistischen «Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe» werden voraussichtlich anlässlich des 22. sowjetischen Parteikongresses im Oktober bekanntgegeben.

Einiger Westen

Die Drohungen Chruschtschews zu einseitiger «Lösung» der Berlin-Frage, falls der Westen der Neutralisierung der Stadt und der Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages nicht zustimme, hat unzweifelhaft die Front des Westens geeinigt. Sowohl de Gaulle als auch Macmillan, der seine für den Herbst geplante Asienreise verschob, um dann auf dem Posten zu sein, unterstützten unmissverständlich die entschiedene Haltung Washingtons und Bonns, ohne sich über die verdüsterte internationale Lage Illusionen hinzugeben.

Die Koordination der Produktion des ganzen Ostblocks hat sich bisher immer als eines der schwierigsten und praktisch mit vielen Fehlschlägen behafteten Probleme des COMECON erwiesen, wenn auch die Organisation unzweifelhaft an realer Bedeutung gewonnen hat. Wieweit das rivalisierende, aber wirtschaftlich noch lebhaft auf Hilfe angewiesene China sich zur Bildung einer ökonomischen Einheitsfront bereitfinden wird, ist immer noch eine offene Frage. Auch für die nähere Zukunft wird COMECON wohl eine weltweit wirkende, aber von Europa ausgehende Macht sein.

Kassem, Kuweit und die «Imperialisten»

Ein neuer Konfliktherd im Orient ist in sein akutes Stadium getreten. Das kürzlich unabhängig gewordene Scheiktum Kuweit forderte gegen irakische Annexionsdrohungen britische Militärhilfe an, die es auch erhielt und brachte den Fall vor den Sicherheitsrat. Kassem selbst erklärte feierlich, er plane zur Eroberung Kuweits nur friedliche Mittel einzusetzen, und das imperialistische Grossbritannien sei zu provokatorischer militärischer Okkupation geschritten. Die Sowjetunion verhielt sich vor dem Uno-Sicherheitsrat reserviert, wenn Zorin auch die Darstellungen Grossbritanniens und Kuweits als nicht den Tatsachen entsprechend «beklagte» und für jeden Fall aggressive Haltung der britischen Kolonialpolitik feststellte.

Grossbritannien hatte Kuweit am 19. Juni die Unabhängigkeit zugestanden und hatte hoffen dürfen, dass ihm das wenigstens nicht als Kolonialpolitik ausgelegt würde. Aber bereits eine Woche später erhob Kassem Ansprüche auf das Gebiet und bezeichnete diejenigen als Imperialisten, die sich seinen Annexionsgelüsten widersetzten. Am Samstag meldete das kleine Fürstentum irakische Truppen massierungen an seiner Grenze und verlangte britische Hilfe, auf die es vertragsgemäss Anspruch hatte.

Als Vermittler bot sich Libanon an. Die VAR zeigte sich ebenfalls um die arabische Einheit besorgt, und ihr Votum vor dem Sicherheitsrat am Sonntag liess erkennen, dass sie sich grosse Mühe gibt, zugleich die irakische Aggressivität als auch den britischen Imperialismus zu verurteilen.

Die Vereinigten Staaten gaben Grossbritannien zu erkennen, dass sie seine Haltung voll unterstützten.

Abgleitendes Laos

Weder in noch um Laos sind Fortschritte zu verzeichnen. Der Aussenminister Kambodschas erklärte in einem Interview, zufolge der gegenwärtigen Situation werde Laos aussenpolitisch neutralistisch und innenpolitisch kommunistisch werden. Er fügte hinzu: «Unsere einzige Hoffnung ist, als letzte kommunistisch zu werden.»